Nummer 72 — 25. Jahrgang
6mal wöch. Bezugspreis für März 3.— M einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gesp. Petitzeile 30 Z. Stellengesuche 20 Z. Die Petitreklamezeile, 89 Millimeter breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstabholer 20 Z. bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 Z. Sonntags-Nr. 15 Z. Geschäftlicher Teil: Josef Johmann, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Sonnabend, 27. März 1926
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung zur Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutl. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Hauptschriftleit.: Dr. Joseph Albert Dresden. Sprechstunde d. Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags.

Stulp-Handschuhe
für Fahnenträger
Wildlederartikel
Lederhosen
Krawatten
Hosenträger
Reitbesätze
A. L. Rückert's Wwe. Nchf.
Dresden-A., Pillnitzerstr. 26

Korbwaren
und
Korbmöbel
J. Reichenbach
Dresden
Ringstraße 44
schräg über vom Rathaus

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Sachsenverlagsdruckerei GmbH., Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46. Fernruf 32722. Postscheckkonto Dresden 14797. Bankkonto: Bassenge & Frinsche, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46. Fernruf 32729 und 32538.

An unsere Leser!

Wir sehen uns gezwungen, Einsicht und Vertrauen unserer Leserschaft in außergewöhnlicher Weise in Anspruch zu nehmen.

Die Verlegung unseres Betriebes

nach dem neuen Grundstück in

Dresden-A. 1, Polierstraße 17

wird nach Fertigstellung der morgigen Sonntags-Nummer beginnen. Das Ummontieren der Maschinen macht es während einiger Tage technisch **unmöglich**, die Zeitung in Druck zu geben.

Die Verlegung und Erweiterung unseres Betriebes ist letzten Endes eine Maßnahme, die restlos der Zeitung und ihrem Leserkreise zugute kommen und die Grundlage für eine günstige Weiterentwickelung unserer Diasporapresse schaffen soll. Wir sind daher überzeugt, daß uns unsere gesamte Leserschaft in der kurzen Zeit der Umstellung durch Geduld und Verständnis unterstützen wird.

Es wird selbstverständlich dafür Sorge getragen, daß das Nichterscheinen der Zeitung auf den **kürzesten Zeitraum**, der sich technisch irgendwie ermöglichen läßt, beschränkt bleibt. Wir nehmen bestimmt an, daß wir unseren Lesern **eine Osternummer** bieten können. Mit Aufnahme des vollen Betriebes aber dürfte erst **kurz nach den Osterfeiertagen** zu rechnen sein.

Wir richten daher an unsere Leser die Bitte, die Unannehmlichkeiten, die die unvermeidliche Unterbrechung im Erscheinen unserer Zeitung während weniger Tage mit sich bringt, um der Sache willen in Kauf zu nehmen. Es ist uns seit Beginn der Vorarbeiten für die **Erweiterung unseres Unternehmens** aus allen Kreisen so viel tätige Opferwilligkeit und soviel Wille zur Mitarbeit bewiesen worden, daß auch die Leserschaft in ihrer Gesamtheit zweifellos die gleiche Gesinnung positiver Mitarbeit beweisen wird.

Wir benutzen gern diese Gelegenheit, unserer Leserschaft für das **Vertrauen**, das sie unserer Arbeit jederzeit entgegengebracht hat, zu danken. Dieses Vertrauen wird auch in dem neuen Abschnitt der Entwicklung unserer Zeitung unsere wertvollste Hilfe bedeuten.

Schriftleitung und Verlag.

Rameks Berliner Reise

Wien, 26. März.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Ramek trifft in Begleitung des Generalsekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Peter, und des Sektionschefs Dr. Schüller, des österreichischen Unterhändlers für wirtschaftliche Verhandlungen, Sonnabend in Berlin ein. Dieser Besuch ist, wie in Wiener Regierungskreisen betont wird, die erste offizielle Staatsvisite, die seit Errichtung der österreichischen Republik dem Deutschen Reiche abgestattet wird, da der im September 1922 erfolgte Besuch des damaligen Bundeskanzlers Dr. Seipel, der von den Besprechungen in Verona kam, nicht als offizieller Antrittsbesuch der österreichischen Regierung angesehen wurde.

Die Reise des Bundeskanzlers nach Berlin hat außer der formellen auch eine materielle Seite. Die Zusammenkünfte mit den leitenden deutschen Staatsmännern sollen dazu benützt werden, alle jene Fragen eingehend zu erörtern, die die allgemeine europäische Lage, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Mitarbeit Deutschlands an der Reorganisation des Völkerbundrates betreffen. Es werden auch die besonderen Verhältnisse zu prüfen sein, die zwischen den beiden deutschen Staaten in Mitteleuropa bestehen. Für Oesterreich sind nach der ganzen Natur seiner innen- und außenpolitischen Verhältnisse die Richtlinien der Außenpolitik genau vorgezeichnet. Es ist die natürliche Aufgabe der Wiener Regierung, mit allen Nachbarn in Ruhe und Freundschaft zu leben, das Verhältnis zwischen Wien und Berlin wird aber naturgemäß immer derart sein müssen, wie es sich für das deutsche Oesterreich aus den politischen, kulturellen und geistigen Beziehungen mit der großen deutschen Brudernation von selbst ergibt. Es ist nur natürlich, daß sich die österreichische Außenpolitik in letzter Linie von den großen Gesichtspunkten leiten läßt, die für das gesamte deutsche Sprachgebiet in Mitteleuropa ausschlaggebend sind. Es erscheint für diese Politik Oesterreichs als ganz selbstverständlich, daß sie dem natürlichen nationalen Charakter des Landes folgt und sich von allen Kombinationen fernhält, in die man Oesterreich gegen seinen Willen, ohne sein Wissen und Zutun in der jüngsten Zeit hineinziehen möchte.

Die österreichische Außenpolitik plant, wie an den maßgebenden Wiener Stellen betont wird, keine Ueberraschungen, sie ist keine Politik der Abenteuer. Es bestehen eben für Wien und Berlin unveränderliche Richtlinien, die aber mit verschiedenen Kombinationen nichts zu tun haben, die in nichtdeutschen Ländern immer wieder zur Erörterung gestellt werden und ein „österreichisches Problem" behandeln, das in dieser Form entweder nicht existiert, oder zumindest übertrieben wird. Gerade in diesen Tagen, in denen sich die Vertreter der österreichischen Regierung nach Berlin begeben, muß man mit dem Wiederaufflammen derartiger Erörterungen über das „österreichische Problem" rechnen. Man kennt die Nervosität, mit der Betrachtungen über dieses Thema an manchen Plätzen angestellt zu werden pflegen, und wenn man an den offiziellen Wiener Stellen zu derartigen Verbreitungen bisher immer geschwiegen hat, so geschah dies offenbar in der Erwägung, daß die wirklich in Betracht kommenden Faktoren genau wissen, was sie von derartigen politischen Kombinationen unverantwortlicher Stellen zu halten haben. Wieweit man hierbei geht, konnte anläßlich des jüngsten Aufenthaltes des ehemaligen Bundeskanzlers Dr. Seipel in Berlin festgestellt werden. Man sprach sofort von dem Abschluß eines österreichisch-deutschen Geheimvertrages und wollte sogar die einzelnen Punkte dieses Vertrages kennen. Sollte also der jetzige Besuch des Bundeskanzlers Dr. Ramek in Berlin trotz aller Abmachungen doch dazu benützt werden, um neuerlich politischen Phantasien freien Lauf zu lassen, so wird man in Wien und sicherlich auch in Berlin mit demselben Gleichmut wie bisher über derartige Kombinationen hinweggehen.

Jedenfalls wird Bundeskanzler Dr. Ramek in Berlin für Oesterreich wichtige handelspolitische Verhandlungen pflegen können, worauf die Anwesenheit Dr. Schüllers, des österreichischen Unterhändlers in Handelsvertragsangelegenheiten, hinweist. Oesterreich sucht eine Ergänzung des seinerzeit geschlossenen Zusatzabkommens zum deutsch-österreichischen Handelsvertrag, wobei, ebenso wie in anderen Fällen, mit Rücksicht auf die Aenderung der österreichischen Zollpolitik, eine Revision der bestehenden Abmachungen angestrebt wird. Derartige Verhandlungen finden derzeit noch mit der Tschechoslowakei statt, sind mit Italien angebahnt und werden, außer mit Deutschland, zunächst mit Jugoslawien eingeleitet werden.

Im Zusammenhang mit der Berliner Reise Dr. Rameks wird in Regierungskreisen auch darauf hingewiesen, daß die von Wiener Pressestellen verbreitete Version, als ob für die nächsten Wochen wichtige diplomatische Ereignisse zu erwarten wären, die zunächst durch den Abschluß neuer Schiedsgerichtsverträge Oesterreichs mit Italien und Jugoslawien in Erscheinung treten würden, in dieser Form nicht zutrifft. Tatsächlich bestehen, soweit man dies feststellen kann, derzeit bei allen mitteleuropäischen Staaten gute Dispositionen zum Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen, um derart eine gewisse politische Entspannung zu erreichen, da damit die Austragung etwaiger Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem friedlichen Wege sichergestellt wäre. Man kann für die nächste Zeit mit dem Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages zwischen Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei rechnen. Von dem Eintritt wichtiger diplomatischer Ereignisse weitergehender Natur für die nächste Zeit zu sprechen, erscheint aber keineswegs in den Tatsachen begründet.

Schließlich wird an den maßgebenden Wiener Stellen auch noch kurz auf die verschiedenen Meldungen hingewiesen, die Oesterreich eine Rolle bei einer angeblichen zentraleuropäischen Konferenz und bei der Bildung eines Ost-Locarno zuschreiben. Man sagt, daß die Richtung Oesterreichs in außenpolitischer Hinsicht, die wir eingangs darlegten, alle Kombinationen über eine Teilnahme an derartigen Plänen hinfällig macht. Im übrigen glaubt man in Wien nicht, daß es, wenigstens in absehbarer Zeit, zur Verwirklichung der Idee eines Ost-Locarno kommen wird, zumal die Gegensätze, die bis zu diesem Endziele zu überwinden wären, noch allzu groß sind. Jedenfalls steht aber Oesterreich Plänen ferne, durch die es seiner Handlungsfreiheit beraubt und von den klar vorgezeichneten Linien seiner Außenpolitik abgedrängt werden würde.

‚Eine unerwartete Einnahme'

England und das Reparationsproblem

London, 26. März.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" weist heute auf die steigende Bedeutung der Reparationseinnahmen im englischen Staatshaushalt hin und erklärt, man habe allgemein nicht bemerkt, daß die ursprüngliche Schätzung der Reparationseinnahmen Churchills, die ursprünglich 10—12 Millionen Pfund betrug nunmehr auf 15 Millionen Pfund im Jahre angesetzt sei und daß dieser Betrag nur einen Bruchteil der künftigen Gesamteinnahmen Englands darstelle, vorausgesetzt, daß Deutschland die vorgesehene Zahlung von 125 Millionen Pfund jährlich zu leisten vermöge. In diesem Falle würde Englands Anteil 27 Millionen Pfund betragen. Aber schon heute sei es Churchill durch diese unerwartete Mehreinnahme gelungen, den englischen Anteil an der Zinszahlung an die Vereinigten Staaten von 9 Millionen Pfund auf vier Millionen Pfund herabzusetzen. Die Deckung dieser vier Millionen Pfund hinge davon ab, fügt der Korrespondent hinzu, ob Sowjetrußland bereit sein würde, einen Zinsbetrag von 0.5 Prozent für seine Schulden zu bezahlen. Es wäre aber zweifelhaft, ob Moskau es der Mühe wert halte, seinen Kredit in England mit so geringen Unkosten wieder herzustellen.

Die französischen Finanzen

Kein Rücktritt Malvys.

Paris, 26. März.

Der Innenminister Malvy, der sich zurzeit zur Erholung auf dem Lande aufhält, hat die über seinen Rücktritt umlaufenden Gerüchte in kategorischer Form dementieren lassen.

Bei dem Meinungsaustausch über die neuen Steuerprojekte in der Finanzkommission der Kammer ergab die Prüfung nach Aufschlüssen des Berichterstatters Chappedelaine für das Finanzjahr 1926 folgendes Bild: Die Einnahmen betragen 34 822, die Ausgaben 37 214 Millionen. Das Defizit soll durch folgende Einnahmequellen gedeckt werden: 1. Durch die Zivil- oder Kopfsteuer, die einen Ertrag von 500 000 Franken ergeben soll. 2. Durch Erhöhung der Geschäftsumsatzsteuer um 2 Prozent, die einen Ertrag von 1875 Millionen ergeben soll.

Neuyork, 26. März. An der Neuyorker Börse erreichten gestern die französischen Schatzscheine ihren tiefsten Stand in diesem Jahre.

Südtirol und der amerikanische Senat

Washington, 26. März.

Senator Smoot erklärte, in seiner Rede im Senat über das Schuldenabkommen mit Italien, man werde bei der Erörterung des Abkommens sehr viel über die äußere Politik Mussolinis und besonders über die Lage in Südtirol zu hören bekommen. Südtirol wäre nunmehr ein Bestandteil Italiens, wenn es auch eine erhebliche österreichisch-deutsche Bevölkerung enthalte. Mussolinie habe den Versuch gemacht, aus dem Lande ein italienisches Gebiet zu machen. Er versuche, der Bevölkerung die italienische Sprache aufzuzwingen und italienisch zur Schulsprache zu machen. Mussolini betrachte diese Dinge ausschließlich als eine innere Angelegenheit und nicht als eine Sache des Völkerbundes oder irgend jemand anderes. Er wäre der Auffassung, dieses Gebiet ohne Einmischung des Völkerbundes italianisieren zu können.

Das Befinden Fehrenbachs hoffnungslos

Freiburg i. Br. (Drahtbericht.) Wie die Telegraphen-Union um 1 Uhr aus Freiburg i. Br. erfährt, lebt der ehemalige Reichskanzler Fehrenbach zur Stunde noch. Die Nachricht von dem bereits eingetretenen Tod war der T.U. von dem Vorsitzenden der Zentrumspartei in Freiburg, Dr. Kopf mitgeteilt worden. — In den ersten Vormittagsstunden hatte sich das Befinden weiterhin verschlechtert. Es trat Agonie ein. Der Kranke gab keine Lebenszeichen von sich, so daß führenden Zentrumspersönlichkeiten bereits das Ableben des Kanzlers mitgeteilt wurde.

SLUB
Wir führen Wissen.